Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 461

Donnerstag, 29. September 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprech-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20 011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise: bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 RM. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. entsch. Preisaufschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Meißner & Buchdr., Dresden. Postscheck-Kto. 1058 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Eine matte Rede Herriots in Genf

Frankreichs Doktrin: Der Völkerbundspakt

Genf, 29. September. Herriot hielt heute in der Vollversammlung des Völkerbundes seine angekündigte Rede. Nach der allgemeinen Interesselosigkeit der letzten Tage zeigte der Saal heute wieder das Bild früherer großer Tage. Die Bänke der Abgeordneten waren völlig besetzt. Diplomaten-, Publikum- und Pressetribünen waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Präsident Politis gab gleich zu Beginn der Sitzung Herriot das Wort, der von allgemeinem Beifall begrüßt wurde.

Der Inhalt der Rede Herriots enttäuschte jedoch, so daß der Beifall zum Schluß auffallend schwach war.

Herriot bewegte sich in längeren theoretischen Ausführungen über die Aufgaben und die Tätigkeit des Völkerbundes und betonte vor allem den festen Entschluß Frankreichs, am Völkerbund festzuhalten. Entgegen den offiziösen Verlautbarungen befaßte sich jedoch Herriot auch mit der Abrüstungskonferenz. Er streifte jedoch nur andeutungsweise die großen Gegensätze zwischen der deutschen und der französischen Auffassung.

Herriot betonte eingangs seiner Ausführungen, daß er lediglich das Wort ergriffen habe, um zum Abschluß der Generaldebatte

die Anhänglichkeit Frankreichs zum Völkerbund

erneut zu betonen. Im weiteren Verlauf seiner Rede ging Herriot auf die verschiedenen Ereignisse des letzten Jahres kurz ein. Zur Abrüstungsfrage erklärte er, er habe nicht die Absicht, Worte zu gebrauchen, die die Stimmung der Versammlung trüben könnten. „Wir sind nicht hier", so erklärte er, „um festzustellen, was uns trennt, sondern was uns vereint. Es ist im allgemeinen sicher richtig, seine Meinung ehrlich zu sagen, anstatt sie zu verheimlichen. Man macht die Schwierigkeiten aber noch schlimmer, wenn man zu viel von ihnen spricht.

Die Schwierigkeiten sind so groß, daß wir mit größter Gewissenhaftigkeit darüber nachdenken müssen, denn wenn wir Fehler machen, so gefährden wir aufs schwerste das Schicksal der Menschen, die auf uns bauen.

Welcher Art auch die Komplikationen sein mögen, Frankreich hat den festen Willen, im Interesse der Abrüstungskonferenz und der allgemeinen Beruhigung mutig an diese Schwierigkeiten heranzugehen." Er könne nicht zugeben, fuhr Herriot fort, daß die Arbeiten der Abrüstungskonferenz im Juni und Juli ohne reale Bedeutung gewesen wären. Es seien die ersten Ergebnisse der Konferenz. Man sei jetzt von dem Gebiete der Ideologie auf den Boden der Tatsachen gestiegen. Hier wieder liege eine der Ursachen für die Krise, in der sich der ganze Völkerbund befinde.

Persönliche Erinnerungen verbänden ihn mit dem Genfer Protokoll von 1924. Man sei jedoch seitdem andere Wege gegangen.

Jetzt handele es sich um die Frage der Entwurzelung des tausendjährigen Uebels, des Krieges. Für diese Frage müsse jetzt eine universelle Lösung gefunden werden, auf die Frankreich seit jeher entscheidenden Wert lege. Trotz aller Kritik und andersartiger Auffassungen seien die Arbeiten der Abrüstungskonferenz zweifellos nicht ohne Erfolg geblieben. Die Konferenz müsse jetzt auf den Boden des Realen treten. Eine neue Ordnung müsse geschaffen werden.

Mit erhobener Stimme rief Herriot: „Frankreich will den Völkerbundspakt, nichts als den Völkerbundspakt, den vollen Völkerbundspakt. Frankreich fordert diesen Pakt und fordert das Recht!"

Der Redner ging dann auf die Bedeutung des Hooverplanes ein, lobte die Initiative der amerikanischen Regierung, auf deren Erfolg er vertraue und ging schließlich auf wirtschaftliche Fragen ein. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen stellte Herriot fest, daß der Völkerbund zwei entscheidende Ergebnisse erzielt habe: die Unterdrückung der Geheimdiplomatie und das Ende der großen Allianzen der Vorkriegszeit. Herriot schloß,

alle Nationen seien im Völkerbund auf der gleichen Stufe zu behandeln.

Der Völkerbund habe zwar bisher die Macht noch nicht völlig ausgeschaltet, müsse aber jetzt ein Machtsystem schaffen, damit an Stelle der Macht das Recht trete.

Er habe nicht die Absicht, an einer der beiden Mächte Kritik zu üben. Niemand bezweifle jedoch, daß, wenn die Politik dieser beiden Mächte in voller Uebereinstimmung mit den von ihnen angenommenen Grundsätzen des Völkerbundes geführt würde, automatisch alle Schwierigkeiten und Gegensätze aufhören würden.

Alle Mächte müßten heute fordern, daß diese beiden Staaten sich auf den Boden des Völkerbundsvertrages stellen.

Der Frieden könne nicht gesichert werden ohne den entscheidenden Willen zum Frieden. Lord Cecil forderte die beiden Regierungen auf, in Zukunft ihre Politik mit dem Völkerbundsvertrag in Einklang zu bringen und ging dann zur Abrüstungsfrage über.

Die Regierungen ständen heute vor der Entscheidung, ob sie Krieg oder Frieden wollten. In der ganzen Welt werde heute die Frage erwogen, ob die Regierungen tatsächlich die Abrüstung wollten. Gerade die Mächte mit großen See- und Landrüstungen müßten sich zu einer ehrlichen Abrüstung bekennen. Wenn die Abrüstungskonferenz zu einem Mißerfolg führen sollte, dann würde die Welt unweigerlich nicht nur zu den Zuständen der Vorkriegszeit zurückkehren, sondern es würde eine weit schlimmere und gefährlichere Lage Platz greifen. Die Regierungen würden damit offen zugeben, daß sie nicht den Frieden, sondern den Krieg wollen.

Lord Cecil über die deutsch-französischen Gegensätze

Genf, 29. Sept. Lord Robert Cecil verteidigte am Donnerstag als Vertreter Englands in der Vollversammlung den Völkerbund gegen alle Angriffe. Vorwürfe müßten nicht gegen den Völkerbund, sondern gegen seine Mitglieder gerichtet werden. Cecil bezeichnete die Lausanner Konferenz als den ersten Schritt für den Wiederaufbau der Welt und ging schließlich auf die deutsch-französischen Beziehungen über.

Die gespannten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich

seien ernster als alle anderen Streitfälle. Eine Einigung zwischen diesen beiden großen Mächten würde die heutige Unruhe und Sorge zu einem entscheidenden Teil beseitigen.

108 Förderkörbe vom Seil abgestürzt

Tambach-Dietharz (Thüringen), 29. Sept. An der Drahtseilbahn der Haristeinwerke Tambach-Dietharz, die den Speicher am Bahnhof mit dem Steinbruch verbindet und etwa 7,5 Kilometer lang ist, riß aus noch nicht geklärter Ursache unweit der Verladestelle das Förderseil. Alle 108 beladenen Förderkörbe, jeder etwa zwölf Zentner schwer, stürzten aus einer Höhe von vierzig Meter in die Tiefe. Glücklicherweise sind keine Menschenleben zu beklagen. Ein an der Strecke an einem Mast arbeitender Aufseher konnte sich im letzten Augenblick durch Abspringen retten. Eine Landstraßenüberbrückung wurde von einem der Körbe durchschlagen. Ein Wagen stürzte vor den Augen zweier Touristen nieder, die mit dem Schrecken davonkamen. Der Betrieb ist für einige Tage stillgelegt. Das gesamte Bahngelände bietet ein Bild völliger Zerstörung. Auf den benachbarten Feldern gerieten zahlreiche Landarbeiter in Gefahr. Der größte Teil der Förderkörbe ist völlig zertrümmert worden.

Neue Erdstöße in Griechenland

Saloniki, 29. Sept. Die Erdstöße auf Chalkidike dauern an. Ein neuer starker Erdstoß zerstörte Egribuntak und die Bäder von Apollonidos. Alle Häuser stürzten ein. Mehrere Verwundete sind beim Abtransport gestorben. Alle Einwohner übernachten unter freiem Himmel aus Furcht vor der Rückkehr in ihre Häuser. Auch die Beamten der Post und der Polizei arbeiten im Freien.

Preußens Staatsrat gegen Gemeindewahlen

Berlin, 29. Sept. Der preußische Staatsrat hat am Donnerstag mit 74 gegen 6 Stimmen der Kommunisten beschlossen, gegen den Beschluß des Landtages, die Neuwahl der Gemeindevertretungen bereits am 6. November stattfinden zu lassen, Einspruch zu erheben.

Der Einspruch wird unter anderem damit begründet, daß der Staatsrat ein Bedürfnis für diese Neuwahlen nicht anerkennen könne. Die Vertretungen der Gemeinden und Gemeindeverbände hätten nicht Aufgaben der Gesetzgebung und Kontrolle zu erfüllen, sondern bei der Verwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände mitzuwirken. Dazu sei eine gewisse Tätigkeit erforderlich, die durch die vierjährige Wahlperiode gewährleistet sei. Auflösungen vor Ablauf dieser Frist sollten nur dann erfolgen, wenn die Vertretungen ihre Aufgaben nicht erfüllten. Rücksichten auf die in dieser Zeit schnell wechselnden Volksstimmen seien nicht geeignet, eine vorzeitige Auflösung zu rechtfertigen. Auch erscheine die Verbindung des Wahltages für die Gemeindevertretungen mit der Reichstagswahl unzweckmäßig. Schließlich bestünden dagegen Bedenken, daß alle über 20 Jahre alten reichsdeutschen Männer und Frauen das Wahlrecht haben sollen, die am 1. Oktober 1932 ihren Wohnsitz in der Gemeinde hätten. Der Gemeindewähler müsse, wenn er seine Stimme aus sachlichen Erwägungen heraus abgeben wolle, eine gewisse Kenntnis der örtlichen Verhältnisse haben, für deren Erlangen die sechsmonatige Frist des Gemeindewahlgesetzes nicht unterschritten werden dürfe.

Nur eine Zweidrittelmehrheit des Landtages könnte den Einspruch des Staatsrates wirkungslos machen. Da aber eine solche Zweidrittelmehrheit nicht zu erwarten ist, gilt es unwahrscheinlich, daß das Landtagsplenum wegen dieser Angelegenheit noch einmal vor den Reichstagswahlen zusammenberufen wird.

Dr. Schiele-Naumburg †

Naumburg, 29. Sept. Am Mittwochabend verstarb nach schwerer Krankheit der bekannte deutschnationale Arzt und Volkswirt Dr. med. Georg Wilhelm Schiele der Herausgeber der „Naumburger Briefe". Der Verstorbene, der ein Alter von fast 64 Jahren erreicht hat, gehörte der Kapp-Regierung als Finanzminister an.

Dr. med. Georg Wilhelm Schiele, Naumburg, wurde geboren am 17. November 1868 in Naumburg a. d. Saale. Er besuchte das Domgymnasium in Naumburg, machte im Jahre 1887 das Abitur und studierte dann in Jena, München, Halle, Berlin. Er war dann zunächst Arzt in Seehausen, später Assistenzarzt im Diakonissenhaus in Halle. 1905 gründete er seine Privatklinik in Naumburg. Sein Hauptinteresse konzentrierte sich stets auf die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge. Von 1905 bis 1909 war er Stadtverordneter in Naumburg. Im Frieden war er bei der Ersatzreserve ohne Waffe. 1914 war er als kriegsfreiwilliger Arzt zunächst bei der Armeeabteilung Woyrsch, dann Regimentsarzt im Landwehrinfanterieregiment 46. Dann folgte seine Wirksamkeit als Chirurg im Landwehrfeldlazarett 22. Er wurde mit dem E.K.2 ausgezeichnet. Seit 1917 war er ausschließlich politisch und publizistisch tätig. Vor allem hat er Arbeiten über Landflucht und Polenfrage, über Rente, Zins, Arbeitslohn und ähnliche Fragen veröffentlicht. Während des Krieges trat er, als die Zwangswirtschaft einsetzte, durch Veröffentlichung einer allerdings nicht freigegebenen Broschüre „König Notharl" hervor, in der er die furchtbaren Auswirkungen der öffentlichen Bewirtschaftung unserer Nahrungsmittel voraussagte. Seine wirtschaftlichen und politischen Anschauungen hat Dr. Schiele nicht nur in zahllosen Zeitungsartikeln, sondern vor allem in den seit 1922 regelmäßig erscheinenden „Naumburger Briefen" niedergelegt. Während der Wahlperiode 1930 vertrat Dr. Schiele den Wahlkreis 11 (Halle-Merseburg) im Reichstag als Abgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei.

Der Bürgerkrieg in Mandschukuo

Chinas Freischärler besetzen wichtige Städte

Charbin, 29. Sept. Die aufständischen chinesischen Bahnschutztruppen der Strecke Heilar—Mandschuria haben, in Charbin eingelaufenen Meldungen zufolge, die Stadt Mandschuria besetzt. Der japanische Konsul in Mandschuria hat um militärische Unterstützung gebeten.

Wie aus Mukden bestätigt wird, haben die unter dem Befehl von General Supingwen stehenden chinesischen Eisenbahnschutztruppen nicht nur die Grenzstation Mandschuria besetzt, sondern auch Chailar, Dalainor und Puhatu. Die Lage wird durch die Nähe der russischen Grenze verschärft. In Mandschuria wurde die mandschurische Garnison entwaffnet, die Kasernen zerstört und die mandschurische Flagge heruntergeholt. Die Aufständischen schnitten alle Verbindungen ab und umzingelten das japanische Konsulat. Von Tsitsikar sind japanische Truppen unterwegs. Während nach chinesischen Berichten 200 japanische und koreanische Bewohner getötet wurden, versichern die japanischen Behörden, daß sich die japanischen Staatsangehörigen über die russische Grenze in Sicherheit gebracht hätten. In Chailar sollen neun Japaner getötet worden sein. Ein japanisches Bombenflugzeug wird vermißt.

Rückgabe des japanischen Kolonialmandats an Deutschland?

Washington, 29. Sept. Zu einer Genfer Meldung, daß man beabsichtige, das japanische Kolonialmandat an Deutschland zurückzugeben, falls Japan aus dem Völkerbund austrete, erklärten hohe Beamte des Staatsdepartements, daß die Regierung der USA. sich in diese Angelegenheit nicht einmischen werde. Sie ließen dabei durchblicken, daß man die Genfer Absicht jedoch billige. Es handelt sich bei diesen Gebieten um die Karolinen-, Marianen- und Marschall-Inseln.

Sächsischer Landtag 18. Oktober

Der Vorstand des Sächsischen Landtags hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die nächste Sitzung auf Dienstag, den 18. Oktober, 11 Uhr, anzuberaumen.

Auf der Tagesordnung stehen der nationalsozialistische Antrag auf Landtagsauflösung, ferner u. a. verschiedene Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Notverordnungen der Reichsregierung, ein Antrag auf Einleitung einer Hilfsaktion zugunsten der Notleidenden und schließlich ein kommunistischer Antrag auf Zusammenlegung der Reichstags- und Gemeindewahlen. Wie wir erfahren, steht indessen die Mehrheit des Landtagsvorstandes, wie auch die Regierung auf dem Standpunkt, daß die beiden Wahlen getrennt durchgeführt werden sollen.